

SÜDASIEN

A map of South Asia is integrated into the letter 'D' of the title 'SÜDASIEN'. The map shows the outlines of India, Pakistan, Nepal, Bangladesh, and Sri Lanka, with their names written in German. The word 'Indien' is written in the center of the Indian subcontinent.

Zeitschrift des Südasienbüro

15. Jahrgang, Nr. 1-2/95



**Indien:
Klimaschutz und Entwicklung**

"Möge Gott verhüten, daß Indien je die westliche Industrialisierung übernimmt. Der wirtschaftliche Imperialismus eines einzigen kleinen Inselkönigreiches (Großbritannien) hält heute die Welt in Ketten. Wenn eine Nation von insgesamt 300 Millionen eine ähnliche wirtschaftliche Ausbeutung ausübte, würde diese die Erde wie Heuschrecken kahlfressen."

Mahatma Gandhi, 1928

Klimaschutz und Entwicklung

- eine indische Perspektive -

von Susanne van Dillen und Eberhard Weber

Gandhis Schreckensvision von 1928 scheint heute aktueller denn je. Viele Menschen hier in den Industrienationen drücken es offen aus, andere denken es zumindest. Möge Gott verhüten daß Länder wie Indien, China, Indonesien oder Brasilien ein ähnliches Konsumniveau erreichen, wie wir es heute in den Industrienationen als selbstverständlich erachten. Dies hat freilich etwas Beklemmendes. Es kommt darin zum Ausdruck, daß es weder ökologische oder gar ethische Überlegungen sind, die viele Menschen mit Sorgen in den Süden schauen lassen; es ist schlichtweg der Eigennutz, der uns plagt. Jahrzehnte, ja jahrhundertlang hat es uns im Norden wenig gekümmert, wenn dort die Wälder abgeholzt wurden, wenn "dreckige" Industrien dorthin ausgelagert wurden, weil sie mit unseren Umweltgesetzen in Konflikt gerieten, wenn wir unseren Giftmüll auf der "Deponie Entwicklungsland" endgelagert haben, wenn dort auf den Feldern Früchte für unseren Mittagstisch angebaut wurden - oder auch nur Futter für unser Vieh - während die Menschen nicht genug Land blieb, um damit ihre Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherzustellen.

Seit es die Einsicht in "globale" Umweltprobleme gibt, hat sich dies vielfach geändert. Die Umweltsituation in den Ländern des Südens ist uns plötzlich sehr nahegekommen. So verdrängen wir leicht, daß für uns auch heute noch dort die Wälder abgeholzt werden, daß wir noch immer unsere "dreckigen" Industrien dorthin auslagern, die Länder als Deponien für unseren Giftmüll benutzen und uns dort die Früchte für unseren Mittagstisch anbauen lassen, während das Land der Kleinbauern zur Nahrungsmittelerzeugung auch weiterhin knapper wird.

Indien hat heute mehr als 900 Mio Einwohner, ca. 40 Prozent von ihnen leben unterhalb der Armutsgrenze. 1992 waren dies etwa 350 Mio Menschen, d.h. weltweit gesehen war jeder vierte

unter der Armutsgrenze lebende Mensch eine Inderin oder ein Inder.

Es versteht sich von selbst, daß Länder wie z.B. China oder Indien - wenn eine große Mehrheit der Bevölkerung ein ähnliches Konsumniveau hätte wie die Menschen in den Industrienationen - alle Versuche, die weltweiten Emissionen klimarelevanter Gase zu begrenzen, zum Scheitern bringen würden. Dies wäre selbst dann so, wenn durch den technologischen Fortschritt umweltfreundlichere Produktionsmethoden angewendet werden könnten. Daher kann und darf der Konsumstandard der Industrienationen kein Maßstab für Entwicklung sein.

Die Realität spricht zudem ohnehin eine andere Sprache. Noch nie zuvor in der Geschichte war der Abstand zwischen den sog. Entwicklungsländern und den Industrienationen größer als er es heute ist. Sowohl in den industrialisierten Ländern als auch in vielen Staaten der sog. Dritten Welt vollziehen sich Differenzierungsprozesse, die - vereinfacht ausgedrückt - hier die Verarmung eines wachsenden Bevölkerungssegments mit sich bringen (Neue Armut), in vielen Ländern des Südens jedoch zunehmend eine kaufkräftige Mittelschicht entstehen lassen, die in ihren Konsummustern westlichen Niveaus nahekommt.

Politisch glaubwürdig kann nur dann gehandelt werden, wenn wir bereit sind, unser Konsumniveau zu reduzieren und es zulassen, daß sich das Niveau in den sog. Entwicklungsländern erhöht, sich das Gefälle also langfristig verringert. Gleiches gilt auch für die Differenzierungsprozesse innerhalb einzelner Nationen. Auch hier müssen Disparitäten abgebaut werden mit dem Ziel, gesellschaftlichen Reichtum gleichmäßiger zu verteilen. Diese Forderungen ergeben sich natürlich keinesfalls nur aus ökologischen Überlegungen.

Das Dilemma besteht nun darin, daß solche oder ähnliche Hinweise mittlerweile zwar kaum noch bestritten werden, sie jedoch bislang nicht zur Aufgabe des

Entwicklungsziels der "nachholenden Industrialisierung" in den sog. Entwicklungsländern oder der "fortschreitenden Industrialisierung" in den Industrienationen geführt haben.

Die Umweltkonferenz von Rio - Kooperation oder Konfrontation ?

Weltweit tragen Kohlendioxid (50 Prozent), Methan (19 Prozent), FCKW (17 Prozent), Ozon (8 Prozent) und Distickstoffoxid (4 Prozent) zu 97 Prozent zum zusätzlichen Treibhauseffekt bei. Diese Gase entstehen bei unterschiedlichen Prozessen, angefangen von Verwesungsprozessen in der Natur, über Reisanbau, Rinderhaltung, Biomassenverbrennungen bis hin zu den anthropogen verursachten Energieumwandlungsprozessen unterschiedlichster Art.

Bereits im Vorfeld der Umweltkonferenz in Rio hatte es große Unstimmigkeiten darüber gegeben, wie der Beitrag der verschiedenen Nationen zum Treibhauseffekt zu bemessen sei. Die eingebrachten Vorschläge dienten weniger der methodisch korrekten, quantitativen Erfassung des Problems, sie waren vielmehr in hohem Maße politisch und ideologisch motiviert. Sie reichten von einer Sichtweise, nach der den Industrienationen ein Gewohnheitsrecht bei der Emission klimarelevanter Gase eingeräumt wird bis hin zu Auffassungen, daß die Industrienationen ihr Verschmutzungslimit längst überzogen hätten und ihre Emissionen daher auf der Stelle einzustellen seien. Daß diese Extrempositionen nicht in international verbindliche Verträge einmünden werden versteht sich von selbst. Sie spielen dennoch eine große Rolle, wenn es darum geht, die anfallenden Kosten der Emissionsreduzierungen auf die Staatengemeinschaft zu verteilen.

Die Ergebnisse der Klimakonvention von Rio machen deutlich, daß die Industrienationen verbal zwar die Hauptverantwortung für die globale ökologische



Indien hat heute mehr als 900 Mio Einwohner, ca. 40 Prozent von ihnen leben unterhalb der Armutsgrenze (Fotos: Walter Keller)

Krise zu übernehmen bereit sind, sich aber nicht auf ein verbindliches Aktionsprogramm, das von der Einsicht dieser Verantwortung getragen wäre, einigen können. Für sie ist die Vergangenheit geschehen (the past is past), ohne daß sie für sich daraus eine Verpflichtung ableiten würden. Sie setzen andere Prioritäten. Sie bestimmen nicht nur die Verhandlungsthemen, sondern sie setzen ihre Macht auch dazu ein, die Verhandlungen in ihrem Sinn abzuschließen oder zumindest Ergebnisse zu blockieren, die ihre Interessen entgegenstehen.

Vor allem die USA lehnten in Rio Maßnahmen, die ihren wirtschaftlichen Interessen widersprechen, kategorisch ab, während die meisten der europäischen Nationen ein einseitiges Einfrieren der Emissionen bis zum Jahr 2000 auf dem Stand von 1990 ankündigten. Dies wird jedoch als unzureichend angesehen. Ebenso bleiben die finanziellen Zusagen der Industrienationen weit hinter den Erfordernissen zurück. Die USA versuchten mit der "(Regen-)Waldinitiative" Präsident Bush's von ihrer Verantwortung bei der Produktion klimarelevanter Gase abzulenken; sie erhielten dabei die Rückendeckung der OPEC. Da die erdölexportierenden Staaten über

reichlich zu verkaufendes Öl aber über wenige zu schützende Wälder verfügen, ist eine solche Interessensallianz nicht verwunderlich. Die USA haben auch versucht, die "Unterstützung" einer Reihe afrikanischer Nationen zu erhalten: Präsident Bush machte die Zustimmung zu einer zukünftigen "Desertifikations-Konvention" von ihrem Standpunkt zu der "Grundsatzklärung zur Waldbewirtschaftung" abhängig.

Die unterschiedlichen Interessen der Industrienationen und der sog. Entwicklungsländern konnten daher nur scheinbar zum Ausgleich gebracht werden. Alle Verhandlungsbereiche wurden so verwässert, daß sie bestenfalls als hehre Absichtserklärungen verstanden werden können.

Indiens Beitrag zu den klimarelevanten Spurengasen

Nach den Berechnungen des 'World Resource Institute' (WRI) liegt Indien mit einem Emissionsanteil von 3,9 Prozent an fünfter Stelle unter den Verursachern des Treibhauseffektes. Bezogen auf die wichtigsten Gase tragen dazu mit 55 Prozent CO_2 , mit 42 Prozent Methan- und mit 3 Prozent FCKW-Emissio-

sionen bei.

Schon im Vorfeld der Umweltkonferenz meldeten sich in Indien die Umweltschützer Anil Agarwal und Sunita Narain in einer Studie zum Treibhauseffekt zu Wort, da ihrer Ansicht nach die Erhebungsmethoden des WRI die Industrieländer gegenüber den industriell weniger entwickelten Nationen begünstigte. Agarwal/Narain weisen die Berechnungen des WRI als "Umweltkolonialismus" zurück und machen darauf aufmerksam, daß (a) eine Berechnung, die die Bevölkerungsgröße der unterschiedlichen Nationen berücksichtigt, eine vollkommen andere Rangordnung ergeben würde, (b) luxusbefindliche Emissionen der Industrienationen nicht den "Überlebensmissionen" der sog. Entwicklungsländer gleichgestellt werden können und daß (c) - bei Berücksichtigung der natürlichen Senken entsprechend der Bevölkerungsgröße - Indiens Nettoemissionen derart gering seien, daß das Land im Gegensatz zu den Industrienationen sein "Emissionspotential" noch lange nicht ausgeschöpft habe. Gleichzeitig sprechen sich die beiden Autoren dafür aus, die in der Vergangenheit hauptsächlich durch die Industrienationen emittierten Spurengase bei

der Aufrechnung mit zu berücksichtigen, da vor allem diese das inzwischen bestehende Problem verursacht haben.

Es ist lohnenswert, die Ergebnisse der Studie von Agarwal/Narain genauer zu betrachten. Es kommen in ihnen die unterschiedlichen Sichtweisen der Industrie- und sog. Entwicklungsländer trefflich zum Ausdruck, die 1992 auch die Verhandlungen zur Klima-Konvention in Rio prägten.

Während die Studie des WRI - eines privaten, in Washington beheimateten Forschungsinstitutes - die absoluten Emissionen der verschiedenen Nationen ohne Berücksichtigung der jeweiligen Bevölkerungszahl zur Grundlage nimmt, errechnen Agarwal/Narain unter Bezugnahme auf die vom WRI veröffentlichten Daten die Pro-Kopf-Emissionen verschiedener Länder. Um die Nettoemissionen ermitteln zu können, wird von Agarwal/Narain die Absorptionsfähigkeit natürlicher Senken ebenfalls auf die jeweilige Bevölkerungszahl hochgerechnet. Im Gegensatz dazu weist das WRI z.B. den USA ein mehr als doppelt so hohes Absorptionspotential wie etwa dem wesentlich bevölkerungsreicheren Indien zu, da es die Aufrechnung der natürlichen Senken an den de facto getätigten Emissionen bemißt. Das hat die Konsequenz, daß dem jeweils größten Emittenten auch der größte Anteil an diesen Senken zugerechnet wird.

Bedenklich sind nicht nur die Methoden des WRI, sondern auch die Datengrundlage weist erhebliche Unstimmigkeiten auf. Während bei den Berechnungen des WRI die Abholzungen in Brasilien, Indien, Myanmar und Indonesien erheblich über den entsprechenden Angaben der FAO angesetzt sind, werden z.B. Landnutzungsänderungen in den USA, die zur Abholzung von Wäldern führen, ebensowenig berücksichtigt wie der Waldverlust durch das "Waldsterben" in den Industrienationen. Nach den Berechnungen von Agarwal/Narain dürften die USA lediglich 227 Mio Tonnen Kohlenstoffäquivalent im Jahr emittieren. Bei einer Gesamtemission von 1.228 Mio Tonnen haben sie ihr "Limit" um 1001 Mio Tonnen überschritten. Alle anderen Industrienationen überschreiten ihre zulässigen Emissionen ebenfalls, wengleich - mit Ausnahme der ehemaligen Sowjetunion - die Diskrepanz zwischen "erlaubten" und tatsächlichen Emissionen erheblich geringer ausfällt. Die sog. Entwicklungsländer haben auf der anderen Seite ihr Limit - mit Ausnahme Brasiliens - noch keineswegs ausgeschöpft. Indien, das rechnerisch z.B. 777 Mio Tonnen hätte emittieren können, bleibt mit 295 Mio Tonnen deutlich unter dieser Grenze.

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Methanemissionen. Auch hier emittieren

- mit Ausnahme Japans - die Industrienationen bedeutend mehr als ihnen rein rechnerisch aufgrund ihrer Bevölkerungszahl zustehen würde. Mit Ausnahme von Brasilien und Bangladesh haben die sog. Entwicklungsländer auch hier ihr Limit noch nicht vollkommen ausgeschöpft, wengleich die (noch) bestehenden "Emissionsreserven" deutlich geringer als beim Kohlendioxid sind. Die durch Reisanbau und Rinderhaltung höheren Emissionen in einigen der sog. Entwicklungsländer können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch beim Methan die Emissionen der Industrienationen einen Umfang angenommen haben, der zusätzlich zum Treibhauseffekt beiträgt, während die meisten Länder der sog. Dritten Welt auch hier weniger emittieren, als ihnen - bezogen auf ihre Bevölkerungszahl - "zustände".

Insgesamt sind sowohl nach den Berechnungen des WRI als auch nach denen von Agarwal/Narain die USA der bedeutendste Emittent klimarelevanter Gase. Nach dem WRI wurden von den 2368 Mio Tonnen, die die USA "produzierten", 1000 Mio Tonnen in der Atmosphäre angesammelt, während 1368 Mio Tonnen durch natürliche Prozesse wieder abgebaut wurden. Nach Agarwal/Narain beträgt die Akkumulation von Klimagasen in der Atmosphäre durch die USA jedoch 1532 Mio Tonnen und der Abbau durch natürliche Prozesse ist mit 836 Mio Tonnen dementsprechend geringer angesetzt. Indien hat nach dem WRI "Nettoemissionen" von 230 Mio Tonnen verursacht, nach Agarwal/Narain jedoch lediglich 70 Mio Tonnen. Während China und Indien nach den Berechnungen des WRI mit Nettoemissionen von 380 bzw. 230 Mio Tonnen Kohlenstoff an vierter bzw. fünfter Stelle unter den weltgrößten Emittenten klimarelevanter Gase liegen, finden sie sich nach den Berechnungen von Agarwal/Narain erst an 91. bzw. 92. Stelle.

Handelbare Emissionen

Sowohl die Methoden des WRI als auch jene von Agarwal/Narain sind politisch "eingefärbt", wobei allerdings Agarwal/Narain für sich beanspruchen können, das Problem wirklichkeitsnaher anzugehen. Es ist kaum nachvollziehbar, aufgrund welcher Berechtigung die USA und andere Industrienationen für sich einen größeren Anteil an der Erdatmosphäre und den natürlichen Senken beanspruchen sollten als die sog. Entwicklungsländer. Daß nach den Berechnungen von Agarwal/Narain die USA in einem sehr ungünstigen Licht erscheinen, hat nicht zuletzt damit zu tun, daß dort tatsächlich Energie sprichwörtlich verschleudert wird. Es werden Emissionen verursacht, die in keinem Verhältnis zur

natürlichen Selbstreinigungsfähigkeit der Erdatmosphäre stehen. Die Studie von Agarwal/Narain drückt damit lediglich aus, was sowieso hinreichend bekannt ist, während die Studie des WRI mit mathematischen, wengleich plumpen Kunstgriffen die Verantwortung der Industrienationen zu relativieren versucht.

Um die zukünftigen Emissionen zu beschränken, schlagen Agarwal/Narain vor, handelbare Emissionsermächtigungen auszustellen. In Anlehnung an eine für die niederländische Regierung erstellte Studie des 'International Projects for Sustainable Energy Paths' (IPSEP) soll dabei z.B. der Preis für tausend Tonnen emittierten Kohlenstoffs 15 US-Dollar betragen. Nationen, die ihr Limit überschreiten, müßten nach dieser Regelung zusätzlich eine Strafgebühr bezahlen, die in einen weltweiten "Klimaschutzfonds" einbezahlt würde. Eine solche Regelung könnte den sog. Entwicklungsländern ein Anrecht auf Finanzmittel verschaffen. Sie müßten damit z.B. gegenüber der Weltbank nicht mehr nur als Bittsteller auftreten, wenn sie Maßnahmen zur Emissionsverringerung durchführen wollen.

Struktur und Entwicklung klimarelevanter Emissionen in Indien

Ein genaues Bild über die Emissionen in Indien und über ihre unterschiedlichen Quellen zu erhalten ist kaum möglich. Die vorhandenen Untersuchungen sind eher als grobe Schätzung denn als zuverlässige Angaben zu bezeichnen. Das WRI beziffert die CO₂-Emissionen aus der Abholzung und anderen Änderungen der Landnutzung auf 47 Prozent der Gesamtemissionen, während 53 Prozent dem Bereich der Energieerzeugung zufallen. Nach Ahuja (1989) stammen hingegen fast 90 Prozent der CO₂-Emissionen aus der Energieerzeugung und lediglich acht Prozent aus der Abholzung, da den WRI-Berechnungen Abholzungszahlen der 70er und frühen 80er Jahre zu Grunde liegen, die nach Angabe der indischen Regierung heute erheblich niedriger sind. Beim Methan fallen die heftigsten Emissionen in der Viehhaltung sowie beim Reisanbau an. Mit über 16 Prozent der weltweiten Methanemissionen ist Indien damit ein bedeutender Produzent dieses Gases.

Nachfolgend soll jedoch insbesondere eine Einschätzung der Entwicklung der Kohlendioxidemissionen vorgenommen werden. Diese haben (a) den bedeutendsten Anteil an den klimarelevanten Emissionen weltweit und (b) sind Reduzierungen der Methanemissionen in Indien aufgrund der dort vorhandenen Emissionsstruktur nur dann in nennenswertem Umfang erreichbar, wenn einschneidende Veränderungen in der

Landwirtschaft erfolgen würden. Dies wäre etwa durch eine Umstellung von Naßreis auf Trockenreis oder andere Getreidearten und einer erheblichen Reduzierung des Rinderbestandes möglich. Solche Umstrukturierungsprozesse sind jedoch nur dann zu verantworten, wenn sie die Nahrungssicherheit der in Indien lebenden Menschen nicht gefährden. Der Hinweis der Enquete-Kommission (1990), daß geprüft werden müsse, inwieweit aus Klimagründen eine Reduktion des hohen Rindfleischkonsums der Industrieländer anzustreben sei, ist durchaus sinnvoll, kommt für Indien jedoch aus verschiedenen Gründen nicht in Frage.

Mit über 185 Mio Tieren im Jahr 1986 hat Indien zwar den weltweit größten Rinderbestand - es folgen Brasilien (133 Mio), die UDSSR (121 Mio) und die USA (105 Mio) - der Rindfleischkonsum selbst ist jedoch aus wirtschaftlichen und auch religiösen Gründen unbedeutend. Rinder werden vor allem zur Milchproduktion, als Arbeitstiere oder zur Energiegewinnung (Kubdung) gehalten. In den beiden letztgenannten Fällen würde eine Reduzierung des Rinderbestandes lediglich zu einer Verschiebung der Emissionen führen.

Die durch den Naßreisanbau verursachten Emissionen sind durch die Aktivitäten westlicher Forschungsinstitutionen vergrößert worden, die auch in Indien zur Vernachlässigung des Regenfeldbaus geführt haben (Grüne Revolution). Eine Rückorientierung hin zu lokal angepassten Getreidesorten könnten die Emissionen zumindest in jenen Regionen vermindern, in denen eine Bewässerungslandwirtschaft aus den verschiedensten ökologischen Gründen ohnehin nicht sinnvoll ist. In den wichtigsten agraren Kernräumen Indiens scheint ein Abrücken von der (Reis)-Bewässerungslandwirtschaft jedoch nicht sinnvoll. Naßreis ist dort die ökologisch am besten angepasste Frucht.

Die gegenwärtige landwirtschaftliche Praxis in den Industrienationen hat nicht nur Folgen für die Änderungen der Erdatmosphäre und des Klimas, sondern sie ist auch für eine Vielzahl weiterer ökologischer Probleme verantwortlich wie z.B. für die Nitrat- und Pestizidbelastung des Wassers, den Artenschwund oder die Bodenerosion. Nach Aussage der Enquete-Kommission muß daher geprüft werden, ob Emissionen aus der Landwirtschaft höher zu gewichten seien als andere Spurengase. Eine generell höhere Gewichtung der Emissionen aus der Landwirtschaft scheint jedoch problematisch, wie am Beispiel Indiens ersichtlich wird. Sinnvoll wäre sie sicherlich dort, wo eine hochmoderne energieintensive und umweltschädigende Landwirtschaft betrieben wird. Dies ist

größtenteils in den Industrienationen, punktuell aber auch in sog. Entwicklungsländern der Fall. Damit ist jedoch - gemessen an der Klimarelevanz - nicht das Methan - sondern hauptsächlich das CO₂-Problem angesprochen. Auffallend ist, daß die "Enquete-Kommission" als landwirtschaftliche Emissionen hauptsächlich Methan aufführt, wohingegen sie das wichtigste Klimagas CO₂ lediglich in Zusammenhang mit dem Biomassenverbrauch erwähnt. Dadurch werden die Methan-Emissionen aus der Landwirtschaft höher bewertet als diejenigen CO₂-Emissionen, die im Zusammenhang mit der Art der Landbewirtschaftung anfallen. Anders ausgedrückt: die Methangase, die in den Mägen der Rinder oder auf den Naßreisfeldern entstehen, werden als problematischer betrachtet, als die Energieverschwendung der "modernen" Landwirtschaft.

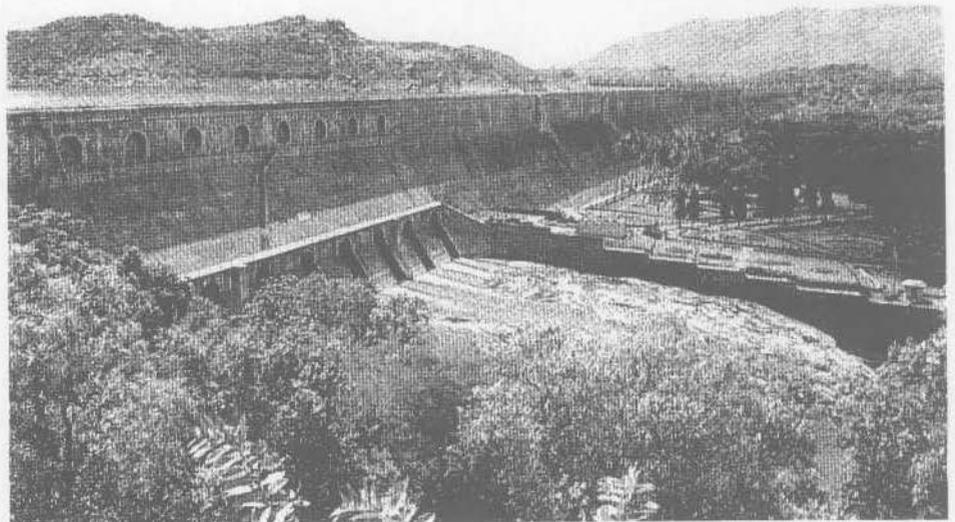
Eine Beispielrechnung des indischen Journalisten Claude Alvares macht die Absurdität dieser Betrachtungsweise deutlich: so setzt ein amerikanischer Farmer für 50 geerntete Energieeinheiten 250 Energieeinheiten Brennstoff ein, während ein chinesischer Bauer zur Erzielung des gleichen Ertragswertes nur eine einzige Einheit menschlicher Energie verbraucht. Während nun der chinesische Bauer nach dieser Berechnung mit einer Effektivitätsrate von 5000 Prozent arbeitet, erreicht der mit den modernsten technischen Hilfsmitteln ausgestattete amerikanische Farmer nur eine Rate von 20 Prozent. Trotzdem charakterisieren die moderne Wissenschaft und die Entwicklungstheorie den chinesischen Bauern und seine Produktionsweise als "rückständig und unterentwickelt".

Entwicklung der CO₂-Emissionen

Gegenwärtig entstehen über 88 Prozent der in Indien anfallenden CO₂-Emissionen bei Energieumwandlungsprozessen. Zwischen den Jahren 1951 und 1991 haben die installierten Kapazitäten im Energiesektor von 1,83 auf 69,62 Mio KW zugenommen und werden sich bis 1997 auf über 100 Mio KW erhöhen.

Im Vergleich zu den Technologiestandards westlicher Kraftwerke arbeiten indische Kraftwerke i.d.R. mit extrem niedrigen Wirkungsgraden von nur 10-15 Prozent. Auch die Übertragungsverluste sind mit über 20 Prozent der Stromerzeugung (!) erheblich. Emissionsreduzierungen könnten - selbst bei deutlich steigendem Energieverbrauch - durch die Modernisierung der Anlagen und die Reduzierung der Übertragungsverluste erreicht werden. Problematisch ist jedoch, daß der indische Staat schon finanziell kaum in der Lage ist, notwendige Modernisierungen durchzuführen. Deshalb versucht die Regierung, ausländische Investoren für den Bau neuer Kraftwerke zu gewinnen. Denen wird gestattet, Aktienanteile an neu zu errichtenden Kraftwerken zu erwerben. Eine Rendite von 16 Prozent wird ihnen dabei staatlich garantiert (!), die jedoch nach Schätzungen indischer Experten nur dann erreicht werden kann, wenn sich die Stromtarife mehr als verdoppeln. Bis zum Frühjahr 1994 waren bereits 75 solcher Projekte vereinbart.

Durch die Förderung von Wasserkraftwerken erhofft die indische Regierung, die Emissionen aus der Energiegewinnung reduzieren zu können. Bereits heute werden etwa 27 Prozent der



Indien bezieht einen Teil seiner Energie durch Wasserkraft. Im Bild der Mettur-Damm.

weder die Investitionskosten zu hoch sind oder sie sich nur schwer mit den Ernährungsgewohnheiten in Einklang bringen lassen. Im achten Fünf-Jahres-Plan ist der Energiesektor der wichtigste Einzelbereich. Knapp 27 Prozent der Planausgaben sind für diesen Bereich vorgesehen, wobei mit 14,65 Mrd. Rs weniger als 1,3 Prozent davon für nicht-konventionelle Energieformen bereitgestellt werden.

"Armutbedingte Umweltzerstörung" und hohes Bevölkerungswachstum

Armut und hohes Bevölkerungswachstum werden häufig als Ursachen von Umweltzerstörung aufgefasst. Die Argumentationsketten, die dieser Sichtweise zugrunde liegen, sind hinreichend bekannt. Arme Menschen sehen sich in ihrem Überlebenskampf gezwungen, ihre Umwelt so überzubehaupten, daß Umweltschäden unvermeidbar sind. Ähnlich beim Bevölkerungswachstum: durch eine rasche Zunahme der Bevölkerung steigt der Ressourcendruck stark an, so daß eine nachhaltige Ressourcennutzung nicht mehr möglich ist. Ob Viehhalter, die ihre Tiere auf Marginalböden weiden lassen und dadurch die Wüstenbildung begünstigen, ob Frauen, die auf ihrer endlosen Suche nach Feuerholz die letzten Vegetationsreste beseitigen, ob Stammesvölker, die durch den von ihnen betriebenen Brandrodungsfeldbau (shifting cultivation) Waldgebiete zerstören, immer wieder werden Armut und "Überbevölkerung" als Erklärung von Umweltzerstörung herangezogen.

Eine dualistische Gegenüberstellung von "luxus-" und "armutbedingten" Umweltzerstörungen ist jedoch abzulehnen, denn allzu oft entpuppen sich "armutbedingte" Umweltzerstörungen bei genauerer Betrachtung als "luxusbedingt". Es ist wenig ersichtlich, wie arme Bevölkerungsgruppen in Indien, die den Bruchteil des Konsumniveaus der Menschen in den Industrieländern oder der indischen Eliten aufweisen, ihre Umwelt nachhaltig zerstören sollten, ohne zuvor nicht ihrer ökologischen und wirtschaftlichen Grundlagen beraubt worden zu sein. Gleiches gilt für den Bevölkerungsdruck: auch hier kommt es am ehesten zu Umweltzerstörungen, weil ein Großteil der natürlichen Ressourcen von einer Minderheit beansprucht wird, während der (armen) Bevölkerungsmehrheit die vorhandenen Ressourcen nur eingeschränkt zugestanden werden.

Ohne Zweifel leben in Indien sehr viele Menschen; doch Indien ist ohne Zweifel ja auch recht groß. Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte des Landes beträgt 276 Menschen/km² und

unterscheidet sich damit nicht wesentlich von den dichtbesiedelten europäischen Nationen. Berücksichtigt mensch abermals das extrem niedrige Konsumniveau großer Teile der Bevölkerung, muß zunächst unklar bleiben, wie die verheerenden Umweltzerstörungen in Indien zu erklären sind. So verschlang im Jahr 1990 ein Mensch in den USA durchschnittlich 35 Mal so viel Energie wie einer in Indien. Bei diesem Pro-Kopf-Verbrauch würden über 31 Mrd. (!) Inderinnen und Inder nicht mehr Energie verbrauchen als die momentan 250 Mio Bewohner der USA. Trotz aller Unzulänglichkeiten dieses Rechenbeispiels bleibt vom Argument des hohen Bevölkerungswachstums als Verursachung von Umweltzerstörung nicht mehr viel übrig. So wie Armut und Reichtum zwei Seiten einer Medaille sind, sind es auch "armut-" und "reichtumsbedingte" Umweltzerstörung. Ein hohes Bevölkerungswachstum verschärft diese Probleme, ist aber selbst nicht unmittelbar die Ursache.

Der uns heute selbstverständlich gewordene verschwenderische Wohlstand muß ebenso reduziert werden, wie die Armut in den sog. Entwicklungsländern. Dazu müssen verkrustete Strukturen - sowohl zwischen Industrie- und den sog. Entwicklungsländern wie auch innerhalb dieser Länder - beseitigt werden. Ob durch die Globalisierung von Umweltproblemen die Einsicht wachsen wird, daß nationale oder - genauer ausgedrückt - elitäre Egoismen die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme nur weiter verschärfen werden und daher ein Weg des Ausgleichs anstatt der Polarisierung gewählt werden muß, wird die Zukunft zeigen. Im Moment allerdings besteht wenig begründeter Anlaß zu Optimismus.

Strukturanpassungspolitik, Welt-handel und Umweltzerstörung

Die Beschäftigung mit globalen Umweltproblemen hat dazu beigetragen, daß ein anderes dringliches Problem der sog. Entwicklungsländer aus den Schlagzeilen der Zeitungen verschwunden ist: das Verschuldungsproblem. Gelöst ist es jedoch längst noch nicht, die Verschuldung nimmt beständig zu und der Süden ist inzwischen zum Netto-Kapitalgeber des Nordens geworden. Wenn wir heute - im Gegensatz zu den 80er Jahren - nur noch selten von einer Verschuldungskrise hören, dann ist dies vor allem deswegen der Fall, weil sich die Gläubigerbanken längst auf sie eingestellt haben und das internationale Finanzsystem die Krise überwunden hat. Dies gilt jedoch keineswegs für die hochverschuldeten Nationen.

Verschuldung und Umweltzerstörung

haben gleich mehrere Berührungspunkte. Zunächst einmal müssen Auslandsschulden in Devisen bezahlt werden, d.h. ein hochverschuldetes Land wird versuchen, seine Exporte zu steigern und seine Importe zu reduzieren, um eine positive Handelsbilanz zu erreichen. Diese "Strategie" führt dazu, daß vor allem agrare und mineralische Rohstoffe, sowie Industriewaren mit einfacher Technologieanforderung exportiert werden. Zur Herstellung hochwertiger Industrieprodukte müssen i.d.R. zunächst teure Investitionsgüterimporte getätigt werden, die "ungesund" für die Handelsbilanz sind.

Um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger anbieten zu können, gehört die Abwertung der einheimischen Währung zu den Standardmaßnahmen der von IWF und Weltbank initiierten Strukturanpassungsprogramme.

Die Folgen einer solchen Außenhandelspolitik für die Umwelt sind offensichtlich. So werden z.B. landwirtschaftliche Flächen immer häufiger zum Anbau von Exportkulturen verwendet und die für die einheimische Nahrungsproduktion zur Verfügung stehenden Flächen werden dadurch geringer. Ihre Nutzung muß deshalb intensiver - häufig über die Nachhaltigkeit hinaus - betrieben werden. Ein durch die Neuordnung des Welthandelssystems verbesserter Zugang der sog. Entwicklungsländer zu den Märkten in den Industrienationen wird höchstwahrscheinlich durch eine weitere Gefährdung der Ernährungssicherheit erkauft werden, weil sie die Subsistenzproduktion zugunsten von (Welt-)Marktproduktion schwächt.

Ein weiterer Berührungspunkt zwischen Strukturanpassungspolitik und Umweltzerstörung besteht darin, daß durch die Strukturanpassung die einheimische Wirtschaft Wachstumsimpulse erhalten soll. Dazu werden z.B. staatliche Investitionsbeschränkungen aufgehoben, zu denen auch Umweltauflagen gehören.

Die Kontrollfunktion des Staates im Umweltbereich wird damit zwar nicht vollständig aufgegeben, jedoch erheblich geschwächt. Während Steuererleichterungen für die Mittelschicht die inländische Nachfrage erhöhen sollen, führt die Streichung von Subventionen bei den ärmeren Bevölkerungsgruppen zu weiterer Verelendung. Hinzu kommt, daß besonders kapitalintensive Technologien gefördert werden und sich dadurch das Problem der Arbeitslosigkeit weiter verschärft. Alle diese Aspekte führen dazu, daß sich die Kluft zwischen einer reichen Mittelschicht, die "luxusbedingten" Raubbau an der Natur betreibt und den armen Gruppen, die die Natur in ihrem Überlebenskampf überbeanspruchen muß, vergrößert.



Einerseits entstehen immer mehr "Glaspaläste" ...

Die Liberalisierung des Außenhandels

Die Abwertung der indischen Währung war die erste Amtshandlung des mit der neuen 'Congress'-Regierung im Jahr 1991 angetretenen Finanzministers Manmohan Singh. Dadurch verlor die indische Währung gegenüber den wichtigsten Währungen der Industrienationen um gut 1/5 an Wert und die Schuldenlast Indiens erhöhte sich damit gleichfalls. Außerdem wurden in vielen Bereichen die Importzölle stark reduziert und die Importbedingungen vereinfacht, so daß für viele ausländische Produkte der Zugang zum indischen Markt erleichtert wurde.

Kritiker dieser Maßnahme gehen davon aus, daß der indische Markt von ausländischen Produkten überschwemmt und die indische Konsumgüterindustrie zerstört werden könnte. Um das weiter anwachsende Außenhandelsdefizit dann noch in den Griff zu bekommen, müßte sich die indische Wirtschaft verstärkt auf Exportbereiche stützen, die einen geringen Importbedarf haben. Selbst Reis, das wichtigste Nahrungsgetreide in Indien, bleibt davon nicht verschont. Bei keinem anderen Produkt wurde nach 1991 eine größere Steigerung des Exportvolumens

erreicht. Dem Land droht langfristig eine Deindustrialisierung, verbunden mit einer noch höheren Arbeitslosigkeit und dem weiteren Zerfall der Währung.

Eine starke Öffnung der Wirtschaft zum Weltmarkt hin kann auch die Inflation weiter anwachsen lassen. Der inländische Preis für bestimmte Waren, die wegen des Wegfalls von Exportbeschränkungen und Ausfuhrzöllen nun auf dem Weltmarkt verkauft werden können, wird sich mittelfristig diesem Weltmarktniveau anpassen. Für indische Konsumenten bedeutet dies, daß Luxusgüter - sie lagen in ihrem Preis bislang deutlich über dem Weltmarktniveau - erheblich billiger werden, während einfache Konsumgüter - und vor allem Nahrungsmitteln - teurer werden. Werden diese verstärkt exportiert oder landwirtschaftliche Flächen für die Produktion von Exportprodukten genutzt, wird sich das inländische Angebot an Nahrungsmitteln reduzieren und die Ernährungssicherheit gefährdet.

Schließlich - und hierin dürfte wohl die größte Gefahr der Währungsabwertung liegen - verteuern sich eben auch jene Importe, die für das Land unverzichtbar sind, vor allem wenn es darum geht, die heimische Industrie wieder auf

"Wachstumskurs" zu bringen. So ist mit der Abwertung z.B. auch gleichzeitig die indische Erdölrechnung - bei gleichbleibendem Einfuhrvolumen und Weltmarktpreisen - um 20 Prozent gestiegen. Bei einer Wirtschaft, die jedoch - so die erklärten Absichten der Politiker - stark expandieren soll, wird es wohl kaum gelingen, die Erdöleinfuhren auf dem jetzigen Stand einzufrieren. Es kann vielmehr damit gerechnet werden, daß die Importe in den nächsten Jahren in diesem Bereich sehr stark anwachsen. Da der indischen Regierung vermutlich die finanziellen Mittel fehlen werden, diese Steigerung durch Subventionen vom Verbraucher fernzuhalten - abgesehen davon, daß dies auch nicht im Sinne des IWF wäre - wird von der Verteuerung der Importe ein Inflationsschub ausgehen.

Reformmaßnahmen in der Industriepolitik

Mit der Abwertung der indischen Rupie wurde eine wichtige Maßnahme zur Förderung des indischen Außenhandels durchgeführt. Bevor die indische Industrie aber in der Lage ist, Produkte für den Weltmarkt in ausreichender Menge

und vor allem auch in ausreichender Qualität herzustellen, muß sie zunächst von den Fesseln der Bürokratisierung und Inflexibilität befreit werden und auch technologisch auf einen Stand gebracht werden, der modernen Produktionsbedingungen zumindest nahekommt. Da weder die private Industrie noch der Staat die dazu notwendigen Mittel alleine aufbringen können, hofft die indische Regierung auf die aktive Mitwirkung ausländischen Kapitals bei der Erneuerung der Industrie. Bevor jedoch Deutsche Mark, Dollar und Yen in das Land strömen, bevor neue Produktionsstätten multinationaler Unternehmungen im Land errichtet werden, müssen die Standortbedingungen in vielen Bereichen verbessert werden. Das Investitionsklima soll sich entscheidend ändern, so der Wortlaut der indischen Regierung. Eine ganze Reihe von beschlossenen Maßnahmen zielen darauf ab, die indische Industrie von staatlicher Kontrolle zu befreien und ausländischen Gütern und Investitionen den Zugang nach Indien zu erleichtern. So sollen - und hierauf legen ausländische Unternehmen in der Regel besonderen Wert - die erwirtschafteten Gewinne leicht in die Mutterländer transferiert werden können.

Inflation und Strukturanpassung

Die ersten Folgen der Währungsabwertung in Indien wurden deutlich, als der Finanzminister am 24.7.1991 im indischen Parlament den Haushaltsentwurf für das Wirtschaftsjahr 1991-92 einreichte. Um die Importrechnung für Erdölprodukte überhaupt noch bezahlen zu können, wurde der Preisanstieg an die Konsumenten weitergegeben. Die Preise für Benzin, Flüssiggas zu Kochzwecken und Flugbenzin wurden um 20 Prozent angehoben. Alle anderen Petroleum-Produkte - mit Ausnahme von Dieselmotorkraftstoff - wurden um 10 Prozent teurer. Lediglich Kerosin für private Haushalte wurden um 10 Prozent im Preis gesenkt. Im Januar 1994 wurden die Preise für Kraftstoffe, diesmal auch für Dieselmotorkraftstoff, nochmals deutlich angehoben. Mit Ausnahme der Preiserhöhung für Dieselmotorkraftstoff, wurden Armutgruppen von diesen Maßnahmen wahrscheinlich nur gering betroffen. Die Erhöhung des Preises für Dieselmotorkraftstoff hat jedoch insofern inflationäre Auswirkungen, als daß dadurch die Transportkosten steigen, was sich letztlich auch im Preis von Grundnahrungsmitteln niederschlägt.

Die Runde der Subventionskürzungen wurde mit Streichungen im Düngemittelbereich eingeläutet, was einer Verteuerung von 40 Prozent gleichkam. Schon bald danach formierte sich vor

allem bei den Bauernverbänden heftiger Widerstand gegen die Maßnahme und die Regierung Rao mußte deshalb im August 1991 die Subventionsstreichungen z.T. zurücknehmen. Mit dem Wegfall der staatlichen Unterstützung waren auch viele indische Düngemittelproduzenten nicht mehr in der Lage, gegen ausländische Anbieter zu konkurrieren. Bis Mitte Juni 1993 mußten deshalb mehr als 30 Betriebe schließen. Die Regierung nahm dies zum Anlaß, neue Subventionen für einheimische Erzeuger einzuführen. Ebenfalls gestrichen wurden die Subventionen für Zucker im staatlich organisierten Verteilungssystem. Zwischen dem Sommer 1991 und Februar 1994 stieg dadurch der staatlich kontrollierte Zuckerprijs 5,25 Rs/kg auf 9,05 Rs/kg. Zwischen Dezember 1991 und Januar 1994 wurde der Ausgabeprijs für Getreide in den staatlichen Lebensmitteläden sukzessive von 234 auf 402 Rs/100 kg bei Weizen und von 289 auf 537 Rs/100 kg bei Reis angehoben.

Beim Haushaltsplan für die indische Eisenbahn wurden zwischen den Jahren 1991-92 und 1994-95 jedes Jahr die

Fahrt- und Frachtkosten deutlich gesteigert. Für Produkte wie Getreide und Hülsenfrüchte, Dieselmotorkraftstoff, Zucker und Ölkuchen, für die bisher verbilligte Frachttarife gegolten hatten, gelten ab dem 1.4.1993 die normalen Tarife. Für eine Zugfahrt zweiter Klasse von Madras nach Neu Delhi, die im Juni des Jahres 1991 noch 165 Rs gekostet hatte, waren nach dem 1.4.1994 246 Rs zu bezahlen. Doch nicht für alle wurde das Zugfahren teurer. Seit dem 1.4.1993 können ehemalige Parlamentarier sogar kostenlos Zug fahren "damit sie den Kontakt zur Bevölkerung nicht verlieren", so Eisenbahnminister Jaffer Sharief.

Im Vergleich zum Jahr 1991 gingen die Preissteigerungen 1992 deutlich zurück. Einer durchschnittlichen Steigerung der Konsumentenpreise von 13,6 Prozent im Wirtschaftsjahr 1991-92 steht ein Jahr später eine Steigerung von 8,4 Prozent gegenüber. Im März des Jahres 1994 überschritt die Inflationsrate wieder die 10-Prozentmarke nachdem es der Regierung nicht gelungen war, die staatliche Neuverschuldung zu begrenzen. Die nur zwei Monate zuvor beschlossene



... andererseits nimmt die Armut rasch zu.

nen Preissteigerungen für Reis, Weizen, Zucker und Kraftstoffe taten ihr übriges.

In anderen Bereichen lassen sich Verteuerungen nicht über die Inflationsrate ausdrücken, wie z.B. bei den Ausgaben für Bildung und Gesundheit. So wurde z.B. im Februar 1992 von der 'Congress'-geführten Landesregierung Keralas die Schließung 1.064 "unwirtschaftlicher" Schulen verkündet. Gleichzeitig schießen in Kerala die privaten Schulen wie Pilze aus dem Boden. Kerala, das im Bildungsbereich führend in Indien ist, fängt damit an, Armutsgruppen aus diesem Bereich auszugrenzen. Viele der "unwirtschaftlichen" Schulen lagen in Gebieten mit einem hohen Stammesbevölkerungsanteil, auf isolierten Backwater-Inseln und in anderen benachteiligten Regionen. Die Ende 1994 aufgetretene Pest-Epidemie wird mit Ausgabenkürzungen im Gesundheitsbereich in Verbindung gebracht. Lediglich 1,8 Prozent der gesamten Staatsausgaben werden für den Gesundheitsbereich aufgewendet, eine Vernachlässigung, die auf Empfehlung der Weltbank durchgeführt wurde.

Steuerpolitische Maßnahmen

Eine Industrie braucht nicht nur Produktionsstätten und ein Klima, in dem sich die Produktionskräfte ohne staatliche Gängelung frei entfalten können, ebenso wichtig für die Expansion der Industrie sind auch steuerliche Rahmenbedingungen, denn sie entscheiden auch über die Gewinne der Unternehmen, sei es durch die Steuerbelastung der Betriebe selbst oder auch durch die der Konsumenten, die ihre Güter kaufen. Und - um es nicht zu vergessen - Steuern stellen die Haupteinnahmequelle des Staates dar. Sie entscheiden also auch darüber, wieviel Geld der Staat für unterschiedliche Maßnahmen ausgeben kann, bzw. wie hoch die Neuverschuldung ist, die er eingehen muß, wenn seine Einnahmen nicht ausreichen, um die geplanten Ausgaben abzudecken. Mit dem Haushaltsplan des Jahres 1992-93 begann die indische Regierung deshalb mit der Reformierung des Steuersystems.

Der Einkommenssteuerfreibetrag wurde dabei von 22.000 Rs auf zunächst 28.000 Rs und schließlich - im Haushaltsjahr 1994-95 - auf 35.000 Rs/Jahr angehoben. Damit wurden alle Bruttoeinkommen bis zu 50.000 Rs von der Einkommenssteuer ausgenommen. Der Spitzensteuersatz für versteuerbare Einkommen über 100.000 Rs wurde gleichzeitig von 50 auf 40 Prozent gesenkt. Eigentümern von Aktien, Wertpapieren, Staatsanleihen und Bankeinlagen wird eine Steuerehrlichkeit gar nicht erst ahverlangt. Für diese "produktiven" Wertanlagen muß zukünftig keine Vermö-

genssteuer mehr bezahlt werden und Zinsen aus solchen Anlagen sind von der Einkommenssteuer befreit. Bei der Vermögenssteuer für "unproduktive" Vermögenswerte - wie z.B. Gold, Schmuck, Flugzeuge, Immobilien und Grundstücke - wird der Freibetrag von 0,5 auf 1,5 Mio Rs angehoben. Für den übersteigenden Betrag muß eine Vermögenssteuer von einem Prozent abgeführt werden. Jedes Vermögen, das unter diesem Betrag liegt, bleibt unbesteuert. Damit diese Steuerbefreiungen vom entsprechenden Personenkreis auch gebührend gefeiert werden können, wurde dann noch die Luxus-Steuer für klimatisierte Restaurants abgeschafft, denn schließlich seien - so der indische Finanzminister Singh - klimatisierte Restaurants nicht länger ein Privileg der Reichen.

Mit dem Haushaltsplan des Jahres 1992-93 werden Goldeinfuhren von Indern und Personen indischer Abstammung bis zu einem Gewicht von fünf Kilogramm legalisiert. Der Einfuhrzoll beträgt 450 Rs/10g und wurde später auf 220 Rs/10g gesenkt. Am 1.3.1992, dem Tag an dem diese Bestimmung in Kraft trat, konnte ein Inder beim Import von fünf Kilogramm Gold wegen des gegenüber dem Weltmarkt höheren Goldpreises in Indien - nach Abzug der Einfuhrsteuer - einen Gewinn von 525.000 Rs einstreichen. Für diese Summe kann mensch in Indien eine Eigentumswohnung der gehobenen Preislage kaufen. Ein Landarbeiter mit einem Tagesverdienst von 30 Rs müßte 48 Jahre lang Tag für Tag arbeiten, um diese Summe zu verdienen. Für jene, die diese Legalisierung hatten kommen sehen und schon vorher mit dem "Goldimport" begonnen hatten, richtete Finanzminister Singh ein Anlageprogramm für Gold ein (Gold-Bond-Scheme); damit wurden illegale Goldeinfuhren nachträglich legalisiert. Mit diesen und ähnlichen Programmen will der indische Staat Schmuggel und Steuerhinterziehung bekämpfen. Dabei schlägt er allerdings recht "ungewöhnliche" Wege ein.

Der "Kampf" gegen Steuerhinterziehung findet vor allem in der Form statt, daß die Steuersätze derart in die Höhe geschraubt wurden, daß kaum eine Privatperson in Indien überhaupt noch Einkommenssteuer bezahlen muß. Ein steuerfreies Monatseinkommen von über 4000 Rs entspricht dem Einkommen eines gutbezahlten Beamten der mittleren Laufbahn. Bezeichnend ist, daß in Indien weniger als vier Mio Menschen überhaupt Einkommenssteuer bezahlen (!). Mit der Errichtung einer 'National Housing Bank' wurde Steuerhinterziehern der Schritt in die Legalität geöffnet. Sie konnten bei dieser Bank ihr illegales Geld anlegen, ohne nach seiner Herkunft befragt zu werden. Der "Kampf" des in-

dischen Staates gegen "Schwarzgeld" besteht vor allem in der Einrichtung von Programmen, die mit mäßigen Erfolg versuchen, "Schwarzgeld" zur staatlichen Kapitalbildung zu erschließen. Wo und wie das Geld verdient wurde, wird - staatlich garantiert - nicht gefragt.

Damit der Staat überhaupt Steuereinnahmen hat, sind die Verbrauchssteuern entsprechend hoch, d.h. die große Mehrzahl der armen Bevölkerungsgruppen finanziert zu einem beträchtlichen Teil die indischen Staatsausgaben. Die Industriebetriebe profitieren durch die Senkung der Gewerbesteuersätze. Ihre Abschreibungsmöglichkeiten wurden verbessert und in vielen Fällen werden sie sogar (zeitweise) vollkommen von der Steuerzahlung befreit (tax-holiday) und das, obwohl die Renditen in der indischen Industrie höher sind als im internationalen Durchschnitt.

Die Steuererleichterungen für Privathaushalte und Industrie förderten inflationäre Tendenzen, weil sie nicht zu einer zusätzlichen Nachfrage und neuen Investitionen führten, sondern große Summen in Kapitalspekulationen angelegt wurden. Bereits nach dem Wahlsieg der 'Congress'-Partei hatten die Börsen in Indien kräftige Kursanstiege zu verzeichnen. Viele Anleger wurden dadurch zusätzlich ermuntert, Aktien zu erwerben, was die Kurse weiter in die Höhe schnellen ließ. Das "überaus freundliche" Börsengeschehen wurde allerdings nicht durch ein reales Wirtschaftswachstum gestützt. Durch die Spekulationsgewinne an der Börse wurde die Geldmenge weiter aufgebläht, ohne daß eine Produktionsausweitung entsprechenden Umfangs stattgefunden hätte.

Strukturanpassung und Beschäftigung

Die kapitalintensive Wirtschaftspolitik der 80er Jahre hatte zwar zwischenzeitlich zu den bislang höchsten industriellen Wachstumsraten im unabhängigen Indien geführt, gleichzeitig jedoch kaum neue Arbeitsplätze schaffen können. Durch die Maßnahmen der Strukturanpassung wird sich daran wenig ändern. Es ist sogar zu erwarten, daß sich die Beschäftigungssituation weiter verschlechtert.

Mehrere Aspekte kommen dabei zum Tragen: (a) wird sich eine kapitalintensive Industrialisierung durch die weitere Senkung des Außenschutzes intensivieren, (b) wird aus diesem Grund die Wirtschaftlichkeit kleiner, finanzschwacher Unternehmen weiter sinken und (c) wird sich auch die Privatisierung rentabler bzw. die Schließung unrentabler Staatsbetriebe negativ auf die Beschäftigungssituation auswirken. Während noch in den 80er Jahren viele unrentable Privatbetriebe verstaatlicht wurden, ist



(aus: 'Pioneer', 16.9.94)

der indische Staat heute nicht mehr dazu bereit, als "Lazarett" für die Privatindustrie zu fungieren. Er versucht vielmehr, seine unwirtschaftlichen Betriebe zu schließen. Mit Änderungen des 'Industrial Dispute Acts', die im Haushaltsplan des Jahres 1994-95 angekündigt werden, soll bei Entlassungen und Betriebsschließungen künftig keine Zustimmung der Regierung mehr notwendig sein, sofern die Betriebe nicht mehr als 300 festangestellte Arbeiter haben; bislang lag die Grenze bei 100 ArbeitnehmerInnen. Die Schließung privater Betriebe wird dadurch erheblich vereinfacht und der sich bereits zuvor abzeichnende Trend von festen zu zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen verstärkt.

In der Durchführungsperiode des Achten Fünf-Jahres-Plan (1992-1997) wird die erwerbsfähige Bevölkerung Indiens um 35 Mio Personen zunehmen, in den darauffolgenden fünf Jahren um weitere 36 Mio. Zum 1.4.1992 bestand bereits ein Arbeitsplatzdefizit von 23 Mio Stellen. Bis zum Jahr 2002 müssen in Indien also 94 Mio neue Arbeitsplätze errichtet werden, will man bis dahin das Ziel der Vollbeschäftigung erreichen.

Wenn sich der Staat mittel- bis langfristig aus vielen Unternehmensbereichen zurückziehen wird, liegt es bei der privaten Industrie, diese Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Hier sieht der Trend jedoch eher entmutigend aus, denn zwischen Dezember 1981 und Dezember 1988 gingen die Beschäftigten-

zahlen bei der privaten Industrie Indiens von 4,6 Mio auf 4,3 Mio zurück, während sie in den staatlichen Industriebetrieben von 1,59 auf 1,86 Mio zunahmen. Insgesamt stagniert die Beschäftigtenzahl in mittleren und großen Unternehmen seit 1981 auf einem Niveau von etwa 6,2 Mio Stellen; in den meisten Jahren, die in diesen Zeitraum fallen, hat sich die Produktion jährlich zwischen sieben und acht Prozent erhöht, die Produktivität konnte also deutlich gesteigert werden.

Mit der angekündigten "Exit"-Politik sind mehr als zwei Mio Arbeitsplätze in der privaten und staatlichen Industrie gefährdet. Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese freigesetzten Arbeitskräfte von der privaten Industrie absorbiert werden können. Wie dem auch sei, die indische Industrie - ob privat oder staatlich - wäre ohnehin nicht in der Lage, diese riesige Zahl an neuen Arbeitsplätzen zu schaffen, die bis zur Jahrtausendwende gebraucht werden. Auch die Landwirtschaft kann hier kaum weiterhelfen, denn in diesem Bereich wird von einer Zunahme der Arbeitsplätze in der Höhe von nur etwa einem Prozent jährlich gerechnet. Notwendig wäre eine Förderung des dörflichen Handwerks und kleiner Industriebetriebe, die arbeits- und nicht kapitalintensiv wirtschaften. Nur so können die Probleme der ländlichen Arbeitslosigkeit und der Abwanderung in die Städte verringert werden. Dort, wo noch Subsistenzwirtschaft betrieben

wird, muß diese gefördert werden, d.h. Kleinbauern und Stammesvölker müßten wirkungsvoll vor dem Verlust ihrer Ressourcen geschützt werden. Die Realität freilich sieht anders aus und genau diese Realität wird auch konsequent durch Institutionen wie Weltbank und IWF gefördert.

Die Strukturanpassung führt zu einer weiteren Polarisierung der indischen Gesellschaft. Die Pfründe der Mittelschichten sollen dabei nicht angetastet werden, denn genau diese Mittelschichten werden als Wachstumsmotor der Industrie angesehen. Während die reichen Bevölkerungssegmente sich so ihren umweltbelastenden Lebensstil absichern, werden immer mehr Menschen in die Armut getrieben und gesellschaftlich marginalisiert. Wenn wir von Staudammprojekten hören, die hunderttausende von Inderinnen und Indern ihrer wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Lebensgrundlage berauben, dann bezeichnet genau dies den Prozeß dieser Marginalisierung. Die Förderung der modernen Fischerei zum Fang von Meeresprodukten für den Export, die hunderttausende von Kleinfischern ihrer Existenzgrundlage beraubt, gehört ebenfalls in diesen Bereich. Die von der Weltbank vorgeschlagene Privatisierung indischer Wälder zur Förderung der Plantagenwirtschaft, fügt sich in eine solche Strategie ebenso lückenlos ein, wie die Förderung der gleichen Institution, die Obergrenzen privaten Landbe-



Demonstration für das Recht auf Arbeit in Delhi

sitzes in Indien abzuschaffen.

Ressourcen werden dadurch weiterhin extrem ungleich unter der Bevölkerung verteilt. Wer keine wirtschaftliche Macht hat, geht dabei meistens leer aus und kann höchstens hoffen, daß er/sie Nutznießer eines der vielen Entwicklungsprogramme für Armutgruppen werden kann. Doch auch für diese Bittsteller bleibt i.d.R. nicht viel übrig, weil die Projektgelder nur allzu oft in dunklen Kanälen versickern (trickle down-Effekt!). So werden immer mehr Menschen auf immer engerem Raum zusammengepfercht, und müssen zusehen, wie sie mit den ihnen verbliebenen Ressourcen ihr Überleben absichern.

Es sind die jahrzehntelangen Erfahrungen mit dieser Marginalisierung, die viele Inderinnen und Inder, vor allem die WortführerInnen der unterschiedlichsten "Sozialen Bewegungen" veranlassen, eine extreme Kritik am vorherrschenden Entwicklungsmodell zu formulieren. Sie wissen nur zu gut, daß wenige der Armen überhaupt eine Aussicht haben, jemals daran zu partizipieren. Die meisten werden arm bleiben, wenn nicht gar noch ärmer werden und das in einer Umgebung, in der Konsum immer mehr zur Richtschnur gesellschaftlicher und individueller Identität wird. Selbst wenn sich in den nächsten Jahrzehnten die heute schon etwa 200

Mio Menschen umfassende Mittelschicht irgendwann verdoppelt haben wird, werden dennoch weit mehr als die Hälfte aller Menschen in Indien auch in Zukunft von dieser Entwicklung ausgeschlossen bleiben. Diese Mittelschicht bietet jedoch eine solide Grundlage für Indiens wirtschaftliches Wachstum, weil der Nachholbedarf zunächst einmal ungeheuer groß ist. Investitionen werden sich vor allem dann lohnen, wenn die Rahmenbedingungen für das private Kapital durch die Strukturanpassung verbessert worden sind.

Die Klimakonvention - Eine Form des Neoimperialismus ?

Erfahrungen aus den GATT-Verhandlungen oder auch die Positionen der Industrienationen in der Verschuldungsfrage machen deutlich, daß "Zugeständnisse" in wichtigen internationalen Fragen nur dann zu erwarten sind, wenn "Wohlfahrtsverluste" in den eigenen Reihen nicht hingenommen werden müssen. Dies war auch bei der Konferenz von Rio festzustellen. Es gibt wenige Anzeichen dafür, daß sich dies in Zukunft ändert. Es ist vielmehr zu erwarten, daß die Industrienationen auch weiterhin alles daran setzen werden, die Kontrolle über weitreichende Reformmaßnahmen nicht aus der Hand zu ge-

ben. Wie dies im einzelnen aussehen wird, richtet sich nach den jeweiligen Erfordernissen. Auch in der Vergangenheit haben es die "mächtigen" Nationen dieser Welt immer wieder vortrefflich verstanden, ihre Interessen gegenüber den sog. Entwicklungsländern durchzusetzen. Selbst wenn der Schutz der Erdatmosphäre inzwischen in die Prioritätenliste der Industrienationen aufgenommen wurde, heißt dies keineswegs, daß die Problemlösungsstrategien - neben den ökologischen Zielen - auch einen Abbau der großen Entwicklungsunterschiede auf der Welt anstreben.

Bei aller berechtigter Kritik an den gegenwärtigen Strukturen der internationalen "Zusammenarbeit" dürfen jedoch die Interessengegensätze innerhalb der jeweiligen Nationen nicht aus den Augen verloren werden. Sich allzusehr auf das "Verhandlungsgeschick" einzelner Regierungen zu verlassen wird sich daher als verhängnisvoll erweisen. Notwendig wird eine breite Koalition von Menschen sein - hier und in den sog. Entwicklungsländern - die tatsächlich dazu bereit sind, ihren Lebensstil zu überdenken. Dies betrifft nicht nur Fragen des Konsumniveaus, sondern auch die des politischen Einsatzes und der Kreativität, die notwendig sind, um armutsverursachende und umweltzerstörende Strukturen zu ändern.